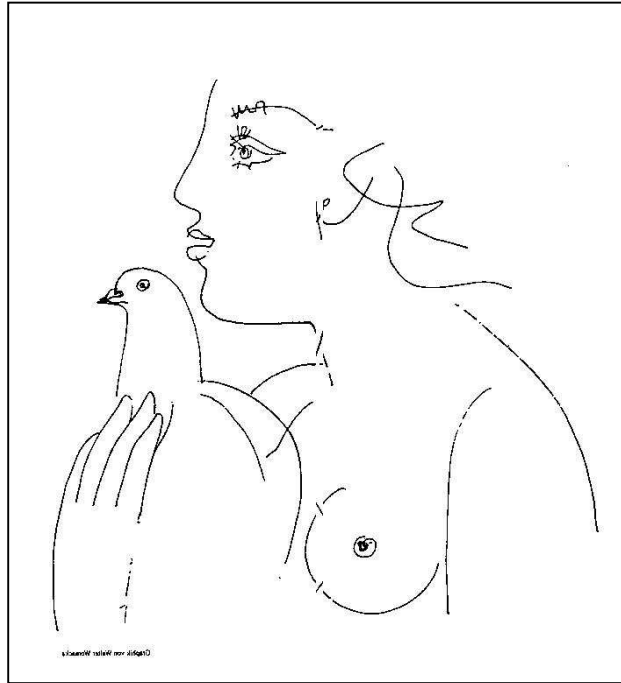


Nr. 192



Beiträge gegen das Vergessen

„Der archimedische Punkt“
(Oskar Lafontaine)

**Volksentscheide in Sachsen und Hessen 1946:
Was des Volkes Hände schaffen,
soll des Volkes eigen sein**

von

Prof. Dr. sc. phil. Horst Schneider

Redaktionsschluss: Dresden, 30. Januar 2016

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

In dem Artikel „Der archimedische Punkt“ (1) begann Oskar Lafontaine mit der Frage: „ Was gehört wem, warum? Eigentum und Gesellschaft.“

Die Frage führt zum „archimedischen Punkt.“ In der Tat: Seit es geschriebene Geschichte gibt und Gesetzestexte, stehen Eigentum, seine Verwendung, die Verurteilung seines Missbrauchs, Ratschläge für seine menschenfreundliche Nutzung im Mittelpunkt. (1) Moses zehn Gebote, Bibelsätze (Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr als dass ein Reicher in den Himmel kommt), die Gesetzestafel des Hammurapi, die Regelungen des Solon für die Athener sind nur einige Beispiele. (2)

Von den ungezählten möglichen Zitaten wähle ich eines von Abraham Lincoln aus, weil es 1847, also zeitgleich mit dem „Manifest“ entstand: „ Die meisten schönen Dinge sind durch Arbeit entstanden, woraus von Rechts wegen folgen sollte, dass jene Dinge denen gehören, die sie hergestellt haben. Aber es hat sich zu allen Zeiten so ergeben, dass die einen gearbeitet haben, und die anderen, ohne zu arbeiten, genossen den größten Teil der Früchte. Das ist falsch und sollte nicht fortgesetzt werden“

Das geschichtlich bedeutendste Beispiel dafür, wie in einer Revolution das Feudaleigentum abgeschafft wurde, war die Französische Revolution 1789:

Die Beseitigung des Feudaleigentums war Teil der „Erklärung der Menschen - und Bürgerrechte“ vom 26. August 1789, die ihrerseits am 3. September 1791 Bestandteil der französischen Verfassung wurde. (3)

(Das Negativbeispiel ist das Wüten der Treuhänder im Verlaufe der Konterrevolution 1989/ 90.) Was hat das mit 1946 zu tun?

Die historischen Bedingungen ähnelten denen von 1799 wenig, aber die politischen Aufgaben für deutsche Revolutionäre sehr wohl.

Das Jahr 1946 war für viele Deutsche ein Jahr voller Chancen und Hoffnungen. Im Nürnberger Urteil wurden die Kriegsverbrecher

1 Oskar Lafontaine: Der archimedische Punkt, RotFuchs, Dezember 2010

2 Georg Popp; Die Großen der Menschenrechte, Würzburg 1988

Friedrich Schorlemmer (Hrg.): Das Buch der Werte, Stuttgart 1995

3 Georg Popp a. a. O. 5. 343

verurteilt und die Staaten auf einen Weg des Friedens verpflichtet, zu allererst Deutschland. In ganz Deutschland wuchs die Bewegung, die in der Arbeitereinheit mündete. Die Idee der sozialistischen Perspektive gewann an Kraft, und selbst Kurt Schumacher hielt den Sozialismus für geschichtlich notwendig.

Die SED stellte einen Verfassungsentwurf für ein friedliches Gesamtdeutschland vor. Was schien alles möglich zu sein, ehe die politische Eiszeit des kalten Krieges insbesondere auf die deutsche Entwicklung einwirkte?

Um den Kriegsverbrechern das ökonomische Rückgrat zu brechen, wurden - u. a. in Hessen, Sachsen und Berlin - Volksentscheide zur Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher erfolgreich durchgeführt. (4)

Am 30. Juni 1946 fand in Sachsen der Volksentscheid zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher statt. (4)

Die Erinnerung an den Volksentscheid ist heute dringender denn je (5). Dafür gibt es vor allem zwei Gründe:

Erstens: Die „Erinnerungsschlacht“ hat eine Schärfe angenommen, wie sie sich vor zwanzig Jahren kaum jemand vorstellen konnte. (6) Aber diese Schärfe ist offensichtlich Bestandteil und Triebkraft der allgemeinen Rechtsentwicklung in Deutschland, die die „politische Klasse“ (Biedenkopf) betreibt und in der „bezahlte Klopffechter des Kapitals“, insbesondere Totalitarismusforscher, ihren „Kampfplatz“ einnehmen. (7)

Zweitens: Eben solche Totalitarismusforscher, in unserem Fall Rainer Behring, Stefan Donth, Michael Richter und Mike Schmeitzner, haben im Auftrag des Hannah-Arendt-Instituts Arbeiten geschrieben, die die „Diktaturdurchsetzung“ in Sachsen nach 1945 zum Thema haben. (8)

4 Volksentscheide in Sachsen und Hessen. Schriftenreihe der Marx - Engels - Stiftung Bd. 28, Bonn 1997

5 Tilo Fischer und Horst Schneider: Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein, Dresden 1996

6 Horst Schneider: „Erinnerungsschlacht“ ohne Ende, Berlin 2005

7 Horst Schneider: Das Hannah - Arendt - Institut für Totalitarismusforschung im Widerstreit der Meinungen, Berlin 2005

8 Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945 - 1952, Hrsg. Rainer Behring und Mike Schmeitzner, Köln,

Für sie und andere scheint diese Erinnerung an den Volksentscheid - wie die an jedes andere wichtige Ereignis in der DDR-Geschichte - Teil einer „Erinnerungsschlacht“ zu sein, in deren Ergebnis die DDR als „Höllengeburt“ erscheint. Eine Methode ist längst erprobt (auch von Goebbels) und entspricht den Erkenntnissen der Massenpsychologie: „Aber da die Menschen bislang offensichtlich stets die Neigung haben, allgemein Richtiges mit dem oft Gehörten gleichzusetzen, reicht es offensichtlich aus, wenn man eine falsche Behauptung nur oft genug wiederholt, um sie in den Rang einer allgemein anerkannten Wahrheit zu erheben.“ (9)

Der konservative Geschichtsrevisionismus, das zeigt sich besonders deutlich in Arbeiten der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Deutschland Archivs, unternimmt gegenwärtig große Anstrengungen, um ein „kollektives Gedächtnis“ und ein „europäisches Geschichtsbild“ zu erzeugen. „.... das Gedächtnis erinnert, macht Vergangenheit gegenwärtig, trennt Liebstes vom Unliebsamen, Wichtiges vom Unwichtigen, systematisiert und ordnet neu, ja konstruiert Geschichte auf gegenwärtig bedeutsame Weise, stellt Plausibilität her und täuscht bei allen Brüchen noch Kongruenz vor. Wenn sich die Identität einer Gesellschaft aus der Vorstellung gemeinsam erfahrener Vergangenheit speist, dann kann von einem kollektiven Gedächtnis die Rede sein.“ (10)

Die „gemeinsam erfahrene Vergangenheit“ besteht für diese Kräfte gegenwärtig vor allem darin, dass die Deutschen ein Volk der (Bomben- und Vertreibungs-) Opfer sind.

Die Rolle der UdSSR 1945 und danach hat dabei einen zentralen Platz, natürlich auch bei der Wertung des Volksentscheides von 1946.

65 Jahre nach dem sächsischen Volksentscheid, mehr als 20 Jahre nach dem Sieg der imperialistischen deutschen Konterrevolution über die antiimperialistische DDR, wird die Frage lauter: Musste die (deutsche) Geschichte diesen Verlauf nehmen, in dessen Ergeb-

Weimar, Wien 2003

9 Reinhard Jelten: Die Frage der sozialen Gerechtigkeit in der BRD, Marxistische Blätter 6/ 2005 S. 75

10 Michael Schubert: das kollektive Gedächtnis der Einwanderungsgesellschaft, Deutschland Archiv 6/ 2005 S. 1121

nis das imperialistische Deutschland mit Ausbeutung und Krieg wieder zur „Normalität“ erklärt wird?

Das Fazit Cordt Schnibbens heißt, „dass wir ein Wirtschaftssystem (haben), das so dynamisiert, so rücksichtslos, so effektiv, so zerstörerisch wie kein anderes vorher in der Geschichte ist.“ (11)

Die Soldschreiber des Kapitels erklären unverfroren: Ja, das musste so sein, als ob das Gott der Allmächtige so bestimmt hat.

Das Verdikt des „Spiegel“ (12) lautet: „Die DDR ist ein Betriebsunfall der Geschichte, ein Produkt aus Faschismus und Kalten Krieg; immer um seine Daseinsberechtigung bangend, wirklich gewollt eigentlich nur von einer Handvoll deutscher Kommunisten. Dabei hatten unmittelbar nach dem verlorenen Weltkrieg zunächst viele von einem 'sozialistischen' Deutschland geträumt.

Nach dem Höllensturz unter den Nazis muss sich das zerstörte und zutiefst kompromittierte Land von Grund auf neu erfinden, und das Weltbild der Marxisten bedient die doppelte Sehnsucht nach Erklärungen für das Unfassbare und nach einem Wegweiser aus dem Nichts. 'Wie ein trockener Schwamm saugten wir ihre einfachen und schlüssigen Wahrheiten auf', erinnert sich Günter Schabowski.“

Dass „Der Spiegel“ für seine „Bilanz“ neben den Historikern Ilko-Sascha Kowalczyk und Heinrich August Winkler - welcher DDR-Bürger kennt sie? - Günter Schabowski als Kronzeugen für sein Urteil über die DDR anbot, dürfte DDR-Bürger von vornherein misstrauisch machen. Judasse und Renegaten genießen keinen guten Ruf. Wenn das Urteil des „Spiegel“ stimmen würde, wären 1946 auch nur eine „Handvoll von Kommunisten“ für die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher gewesen. Und die beherrschten scheinbar das Nürnberger Tribunal, das u. a. die Entmachtung der Flick und Krupp, der Deutschen und Dresdner Bank beschloss.

Die Fakten beweisen indessen, dass in der CDU (Ahlemer Programm) und in der SPD (Hannover) wie in der KPD programmatisch die Überwindung des Kapitalismus gefordert wurde, wie wir

11 Der Spiegel 1/ 2006 S. 55

12 Ebenda 5.43

noch nachweisen werden und in Programmen geprüft werden kann. (13)

Die zentrale verleumderische Behauptung in der bürgerlichen Geschichtsschreibung lautet: Der Volksentscheid in Sachsen sei undemokratisch gewesen und sei lediglich eine Scheinlegitimation für die Festigung der Diktatur der Kommunisten gewesen. (14)

Nichts davon wird durch die Tatsachen bestätigt, wie natürlich (nicht nur) Historiker wissen dürften.

1. Totalitarismusforscher, die die Enteignung von Ausbeutern verketzern, wissen scheinbar nichts von jenen Utopien, die eine gerechte und friedliche Welt erträumten (ohne den Weg dahin zu kennen), in der alle Menschen gleiche Pflichten und Rechte haben. Thomas Morus' „Utopia“ ist solch ein Beispiel (für seine Ideen wurde Morus gevierteilt und sein Kopf auf der Tower-Bridge aufgestellt). Von Friedrich Engels (15) bis Friedrich Schorlemmer (16) fanden solche Vorkämpfer der Menschenrechte ihre verdiente „Würdigung.“
2. Der Kampf um die „Expropriation der Expropriateure“ wurde schon von Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ theoretisch begründet und 1891 im Erfurter Programm der SPD als Ziel der Arbeiterbewegung proklamiert. (17)
3. Nachdem sich am Ende der Weimarer Republik erwiesen hatte, dass die Bourgeoisie mit den Mitteln des bürgerlichen Parlamentarismus ihre Interessen nicht optimal durchsetzen konnte und Teile der Monopolbourgeoisie auf die faschistische Diktatur setzten, erhielt die Brechung der Macht der Bourgeoisie eine neue Dimension. Der Exilvorstand der SPD formulierte das im Prager Manifest, das am 28. Januar 1934 veröffentlicht wurde. Der Aufruf begründete, warum Frieden und Demokratie den revolutionären Sturz des Faschismus und die Entmachtung des Monopolkapitals erfordern. Der SPD-Vorstand bekannte sich auch zur

13 Reinhard Kühnl/ Eckart Spoo (Hrsg.): Was aus Deutschland werden sollte, Heilbronn 1995

14 Schriftenreihe a.a.O. S. 100f.

15 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in MEW Werke Bd. 19, Berlin 1973

16 Das Buch der Werte, a.a.O.

17 Programme der deutschen Sozialdemokratie, Bonn 1995 S. 65f.

„Einheit des revolutionären Sozialismus“: „Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.“ (18) Ich möchte hervorheben: Zwischen der Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung und einem erfolgreichen Kampf gegen das Monopolkapital gibt es einen Zusammenhang: Die Arbeitereinheit in Sachsen war 1946 die wichtigste Bedingung für den Erfolg des Volksentscheides in Sachsen. Das ist von Hans-Joachim Krusch dokumentiert worden. (19)

4. Nicht nur in der KPD/SED, sondern auch in anderen Parteien wie der SPD und der CDU, auch in den Zonen, die von den Westalliierten besetzt waren, wurden Schritte zur Beschränkung oder Überwindung der Macht des Monopolkapitals gefordert, die CDU u. a. im Ahlener Programm, die SPD in Erklärungen Kurt Schumachers, Konrad Adenauer sogar in einem Brief an das „Neue Deutschland“. (20)

In der „Spiegel“ - Serie über die deutsche Nachkriegsentwicklung, die Ende 2005 veröffentlicht wurde, findet der Leser bemerkenswerte Feststellungen: „Kurt Schumachers SPD sicherte sich die Arbeiterklasse mit dem Versprechen, dass die Konsequenz aus der dunklen Vergangenheit nichts anderes sein könne als ein demokratischer Sozialismus.“ (21)

Dieses Ziel steht immer noch im gültigen Berliner Programm der SPD vom Dezember 1989.

Und an anderer Stelle stellte der „Spiegel“ fest: „Besonders populär sind planwirtschaftliche Erwägungen mit einer Vorliebe für die Enteignung von Industriebetrieben und Banken.“

Auch in den Westzonen waren es also nicht nur (eine Handvoll) Kommunisten, die Sozialismus und Planwirtschaft anstrebten.

5. Neu und einmalig war, dass die alliierten Sieger auch Industrielle und Finanzkapitalisten wie Krupp und Flick auf die Nürnberger Anklagebank setzten, die der Mitschuld und der Mitverantwort-

18 Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin/ Bonn 1984 S. 326/ 327

19 Hans - Joachim Krusch: Irrweg oder Alternative? Vereinigungsbestrebungen der Arbeiterparteien 1945/ 46 und gesellschaftspolitische Anforderungen, Bonn 1996

20 Brief Konrad Adenauers im Neuen Deutschland vom 18. Mai 1946 und 15./ 16. Juni 1995

21 Der Spiegel 50/ 2005 S. 64

lichkeit für die faschistischen Kriegsverbrechen angeklagt waren. Die „schwarze Liste“ des Kilgore - Ausschusses des USA-Senats veröffentlichte eine ganze Liste von Kriegsverbrechen aus der Industrie. (22)

6. Die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher entsprach dem Willen und Interessen der Völker der Antihitlerkoalition und den völkerrechtlichen Verpflichtungen. Die Flicks, die in Sachsen enteignet wurden, sind identisch mit denen in Nürnberg als Kriegsverbrecher Verurteilten. Aber auch die angewandte Methode, der Volksentscheid, war demokratisch.

Bei einer Beteiligung von 93,71 % der Stimmberechtigten (in Sachsen) stimmten 77,62 % für die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher. War das nicht eine ausreichende demokratische Legitimation?

Das Verfahren entsprach den Regeln, die in der Weimarer Republik entwickelt worden waren und u. a. bei der Abstimmung über die Fürstenabfindung 1926 angewandt worden war.

Im Unterschied zu Totalitarismusforschern wie Mike Schmeitzner, die von „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“ reden, aber nicht einmal erklären, welche und wessen Diktatur da entstand und worin sie sich von der faschistisch-imperialistischen Diktatur unterscheidet wie Nacht und Tag, gibt es auch seriöse Forscher, die den demokratischen Charakter des sächsischen Volksentscheides nachweisen.

Einer der seriösen Forscher ist Johannes Frackowiak, er veröffentlichte 2005 ein Buch „über die Verfassungsdiskussion in Sachsen nach 1918 und 1945“. (23) Das Buch ging aus einer Dissertation hervor, die Professor Dr. Werner Bramke umsichtig betreute und die am 3. Juni 2003 an der Leipziger Universität angenommen wurde.

Frackowiak widerlegt jene, aus deren Perspektive „die sächsische Verfassung von 1947 als bloßes Durchgangsstadium in die nächste Diktatur“ erscheint und die „Verfassungen der SBZ als nicht

22 Schriftenreihe a.a.O. S. 26

23 Johannes Frackowiak: Verfassungsdiskussionen in Sachsen nach 1918 und nach 1945, Köln 2005

ernst zu nehmendes Täuschungsmanöver von Sowjets und SED“ diffamieren.

Zu denen, die sich des Totalitarismus-Schemas bedienen - wie schon erwähnt -, gehören Rainer Behring und Mike Schmeitzner mit ihrem Buch „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“, das 2003 im Auftrag des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung erschien. Die Autoren hielten eine Begriffsbestimmung von „Diktaturdurchsetzung“ für nötig, die an den Kern des Problems führt: „Dieser von Klaus-Dieter Henke (zeitweilig Direktor des Instituts, H.S.) in die Diskussion eingebrachte und deshalb nicht von ungefähr in den Forschungsprojekten und Publikationen des Hannah-Arendt-Instituts zentrale Terminus (!) unterscheidet sich nicht unerheblich von konkurrierenden Vorschlägen für die Benennung der politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen in der Sowjetischen Besatzungszone wie, 'Sowjetisierung', 'Stalinisierung', 'Machtsicherung', 'Transformation' oder gar 'antifaschistisch-demokratische Umwälzung'." Zwar stoße der Begriff „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ bei Ostdeutschen „unverändert auf Akzeptanz“, aber er führe in die Irre, gehöre zum früheren „System der Indoktrination“ und sei wissenschaftlich ausgeschieden.

Totalitarismusforscher wollen bestimmen, wie das Geschehen nach 1945 (nicht nur in Sachsen) zu werten ist: Nur der Begriff kommunistische „Diktaturdurchsetzung“ sei politisch „korrekt“. Auf dem Hintergrund dieser Diskussion erhält die Studie Frackowiaks ihre besondere Bedeutung. Sie bedient den verordneten Zeitgeist nicht, sondern bleibt der klassischen Arbeitsmethode des Historikers treu: Er hält sich an die Fakten und vergleicht. Seine Methode ist originell und ertragreich. Er vergleicht die Verfassungsdiskussion in Sachsen nach 1918 mit der nach 1945 nach inhaltlichen Gesichtspunkten. Beachtenswert ist die Ähnlichkeit und Kontinuität vieler Fragestellungen (z. B. Bildung, Verhältnis Staat - Kirche), obwohl nach 1918 keine sowjetische Besatzungsmacht ‚diktierte‘.

Ebenso informativ ist der Vergleich der Verfassungsdiskussion in Sachsen mit der in Hessen. Die „Vergleichsfolie“ Hessen ist für den Verfasser geradezu prädestiniert, „zumal die Verfassungsdebatte dort in einer freieren Atmosphäre als in der SBZ stattfin-

den konnte.“ Auch die „freiere Atmosphäre“ änderte nichts daran, dass in Sachsen und Hessen Ähnliches und Gleiches erörtert wurde, wobei Hessen stärker Ideenspender war als Sachsen. Aus Platzgründen beschränke ich mich auf die „Sozialisierungsdebatte.

(Erstaunlicherweise gibt es in „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“ keine Studie zur Bodenreform und zur Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher, obwohl das entscheidende Schritte zur „Diktaturdurchsetzung“ waren.)

Frackowiak wählt zwei Vergleichsebenen, die nach 1918 und nach 1945 und die zeitgleiche Diskussion in Sachsen und Hessen nach 1945. Was ergibt sich? Nach 1945 knüpfte die „Sozialisierungsdebatte an die Erfahrungen von 1919/1920 und der Weimarer Republik an, insbesondere an deren Verfassung.

Und im Westen? „Vielmehr wurde auch in den westlichen Besatzungszonen über die Sozialisierung von Schlüsselindustrien und eine Bodenreform diskutiert, wobei diese Pläne am weitesten in Hessen gediehen, wo SPD und KPD eine Mehrheitsposition innehatten.“ Zwar gelangten entsprechende Artikel in die hessische Verfassung, die bis heute gültig sind, 'aber die Besatzungsmacht verhinderte deren Umsetzung. Auch die SPD in Hessen scheint die Artikel vergessen zu haben, die Enteignungen des Kapitals verlangen.

Der entscheidende Akt der „Sozialisierung“ war in Sachsen der Volksentscheid vom 30. Juni 1946 über die Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher. Er hat, wie Frackowiak urteilt, die strengen Anforderungen der Weimarer Verfassung erfüllt. Dass er gültigem Völkerrecht (Potsdam) entsprach, darf wohl hinzugefügt werden.

Im Hinblick auf die „Sozialisierung“ ist anzumerken, dass Ulrich Schneider für Hessen, ich für Sachsen, Günther Judick für das Ruhrgebiet, Kurt Laser für Berlin und andere Autoren für andere Gebiete vergleichende Studien im Band 28 der Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung 1997 bei Pahl - Rugenstein unter dem Titel „Volksentscheide in Sachsen und Hessen 1946 und die weitere Auseinandersetzung um die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum“ herausgegeben haben. Mit Blick auf

den Artikel 14 des Grundgesetzes wird die Brisanz und Bedeutung der Studie Frackowiaks auch für die gegenwärtige Politik aller Parteien sichtbar. Es liegt auf der Hand, dass Totalitarismusforscher, die den „Diktaturvergleich“ betreiben, den Blick nach Hessen tunlichst meiden. Hessen lag nicht in der sowjetischen Besatzungszone.

Der Sozialisierungsartikel in der hessischen Verfassung existiert noch.

7. Mit der Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher entstanden Bedingungen für den Aufbau des Volkseigentums und die sozialistische Planwirtschaft. Vierzig Jahre lang waren die Bürger der DDR frei von imperialistischer Ausbeutung und Knechtung. Im Artikel 9 der DDR-Verfassung von 1968, die durch einen Volksentscheid von den Bürgern bestätigt worden war, konnte deshalb festgestellt werden: „Durch die Entmachtung der Monopole und Großgrundbesitzer, durch die Abschaffung der kapitalistischen Profitwirtschaft wurde die Quelle der Kriegspolitik und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt. Das sozialistische Eigentum hat sich bewährt.“ (24)
Das gehört zu den Errungenschaften der DDR und zum positiven Erfahrungsschatz der deutschen Geschichte.

8. Für den deutschen Imperialismus war die Existenz der DDR vom ersten Tag an eine Herausforderung und Bedrohung. Die DDR wurde „befehdet seit dem ersten Tag“. Nicht die höhere Moral, sondern das internationale Kräfteverhältnis führte 1989/90 dazu, dass die Konterrevolution siegte. Es darf verallgemeinert werden, was Gräfin Dönhoff damals schrieb: „Die Niederlage des Marxismus bedeutet nicht den Triumph des Kapitalismus! Nicht gescheitert ist er als Utopie, als Summe uralter Menschheitsideale: soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit für die Unterdrückten, Hilfe für die Schwachen. Damit ist er unvergänglich.“ (25)

Nebenbei: Hatte nicht Kurt Tucholsky schon gewusst: „Man fällt nicht über seine Fehler. Man fällt immer über seine Feinde, die diese Fehler ausnutzen.“

24 Verfassungen deutscher Länder und Staaten von 1816 bis zur Gegenwart, Berlin 1989, S. 499

25 Justus von Denkmann: Das große Buch der DDR - Fehler, Berlin 2005

Wie der Volksentscheid in Sachsen eingebettet war in Sozialisierungs- und Verstaatlichungsbestrebungen in vielen europäischen Ländern („Labour-Sozialismus“ in Großbritannien), so ist heute der Kampf um den Besitz der wichtigsten Produktionsmittel und ihrer menschenfreundlichen oder menschenfeindlichen Verwendung - von Bolivien und Venezuela bis nach Südafrika und China - zu einer existentiellen Frage der Menschheit geworden.

9. Inzwischen ist nicht zu übersehen und nicht zu bestreiten, dass das Weiterbestehen des Imperialismus eine existentielle Gefahr für die Menschheit ist. Heißt es nicht sogar im gültigen SPD-Programm: „Es ist eine historische Grunderfahrung, dass Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig,“ wusste die SPD zeitweilig. (26)

Erneut und zwingender denn je stellt sich die Frage: Dient das Eigentum primär der Profitmaximierung einzelner, oder ist es - als gesellschaftliches Eigentum - Quelle des Friedens und des Wohlstandes für alle?

Oskar Lafontaine beendet seinen schon zitierten Artikel: „ Wir brauchen eine andere, eine neue Eigentumsordnung, wenn wir mehr Freiheit ermöglichen und eine friedliche, soziale, ökologische und demokratische Gesellschaft aufbauen wollen.“ (27)

Die Volksentscheide in Sachsen und Hessen von 1946 sind Lehrbeispiele. Es bleibt bei Marx: Die Erde wird erst ihr Gleichgewicht finden, wenn alles sich um die Sonne Arbeit dreht.